

Info-Brief

Dezember 2011

Ein „gutes Neues Jahr“? - Was kommt 2012 auf die Bildungsträger zu?

Das „Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“, das am 1. April 2012 in Kraft treten wird und noch vielmehr der deutlich reduzierte Haushalt der Bundesagentur für Arbeit für das kommende Jahr (s. dazu den Artikel auf S. 3) lassen zumindest bei den Trägern, die ihren Schwerpunkt im Bereich der öffentlich geförderten Weiterbildung haben, starke Befürchtungen für die wirtschaftliche Entwicklung im nächsten Jahr aufkommen, zumal es auch in dem zu Ende gehenden Jahr bereits massive Kürzungen der Fördermittel gab: Nach heutigen Schätzungen werden in diesem Jahr nur etwa 80 % der verfügbaren Mittel für FbW ausgeschöpft, und auch die Ausgaben für SGB II-Leistungen zur Eingliederung werden in diesem Haushaltsjahr deutlich (um ca. 20 Prozent) unter dem für diesen Zweck zugewiesenen Mittelvolumen liegen.

Der Bildungsverband hat sich in diesem Jahr eingehend mit der Gesetzesreform beschäftigt und seine Kritikpunkte und konstruktive Verbesserungsvorschläge formuliert. Dazu wurde eine Vielzahl von Gesprächen



Ob der Jahreswechsel ein Grund zum Feiern ist? Für Bildungsträger sind die Aussichten eher gedämpft!

geführt. Das Ergebnis kann sich sehen lassen, allerdings konnte niemand erwarten, dass wir uns in jedem Punkt durchsetzen. Der Hauptpunkt unserer Kritik an der vorgelegten Reform war ohnehin in den mit dieser Reform direkt und indirekt verbundenen Kürzungen der für Arbeitsmarktpolitik bereitstehenden Mittel begründet. Die Bildungsträger sind in Sorge, dass mit den vorgesehenen Milliarden-Einsparungen die Spielräume für jegliche aktive Arbeitsmarktpolitik stark eingeschränkt werden und die mit dem Gesetz verknüpften Erwartungen verdrängt werden. Das wird auch im Jahr 2012 ein Dauerthema bleiben.

Die Folgen des „Gesetzes“ sind jedenfalls noch nicht in Gänze abzusehen. Vieles wird gerade von der Umsetzung des neu formulierten Paragraphenwerks abhängen. Wir werden darüber - auch auf einer derzeit vorbereiteten Veranstaltung (s. Seite 4) - informieren. Und noch eines steht 2012 an: Wir können auf einen allgemeinverbindlich erklärten Branchentarifvertrag hoffen. Am 20. Dezember hat wieder einmal der Tarifausschuss das Wort, dann dürfte die Bundesarbeitsministerin gefordert sein. Es werden jedenfalls auch 2012 viele Felder bleiben, auf denen der Bildungsverband sich für die Interessen der Träger einzusetzen hat.

Der Gastkommentar

Die Alternative steht – Keine Kürzungen in der Arbeitsmarktpolitik

von Anette Kramme, MdB

Wir brauchen eine Arbeitsmarktpolitik, die Chancen eröffnet und damit Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle ermöglicht. Nur so können wir den Fachkräftebedarf der Zukunft sichern und das Ziel der Vollbeschäftigung in Deutschland erreichen. Die Kürzung der Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik ist der falsche Weg. Nicht weniger, sondern zielgerichtete Arbeitsmarktpolitik mit mehr individueller Förderung muss der Anspruch sein. Gerade in wirtschaftlich stabilen Phasen muss es uns gelingen, auch jene in Beschäftigung zu bringen, die am Rand stehen.

Anette Kramme, MdB, ist arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.



Der Strukturwandel und der globale Wettbewerb machen lebensbegleitendes Lernen immer wichtiger. Um so mehr gilt: Kein Talent darf verloren gehen. Es ist ein Skandal, wenn 1,5 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 29 Jahren ohne Berufsabschluss sind. Die Ergebnisse wissenschaftlicher Expertise zeigen, dass eine Ausbildung und fortlaufende Qualifizierung zentral sind, um einen Arbeitsplatz zu finden, Arbeitslosigkeit zu vermeiden und den Anforderungen am Arbeitsmarkt heute und in Zukunft gerecht werden zu können.

Fortsetzung S. 2

Inhalt

- Was kommt 2012 auf uns zu?
- Der Gastkommentar: Anette Kramme zur Arbeitsmarktpolitik
- Siegfried Schmauder: Editorial
- BA-Haushalt 2012 verabschiedet
- Instrumentenreformgesetz regelt Akkreditierung neu
- ESF: zukünftig stärker in Bildung und Lebenslanges Lernen investieren
- Informationen der BBB-Geschäftsstelle
- Initiative „weiter bilden“

Liebe Leserinnen und Leser,

das zu Ende gehende Jahr 2011 war ein ambivalentes Jahr für die Bildungsbranche. Auf der einen Seite hat sich die Konjunktur wider aller jüngeren Erwartungen als sehr robust erwiesen und den Bildungsdienstleistern im Firmen- und Privatkundengeschäft erfreuliche Wachstumsraten oder zumindest eine stabile Geschäftsbasis beschert. Auf der anderen Seite haben die im letzten Jahr bei der Klausur der Bundesregierung auf Schloss Meseberg gefassten Sparbeschlüsse ihre Wirkung auf die Arbeitsmarktpolitik in 2011 voll entfaltet.

Nicht nur, dass die Budgets für die Weiterbildung im laufenden Jahr (wie auch im nächsten Jahr) schrumpfen, nein, die budgetierten Mittel werden im laufenden Jahr noch nicht einmal voll ausgeschöpft. Diese Entwicklung ist nicht nur ein Ärgernis, sondern ignoriert auch die Notwendigkeit, die nach wie vor hohe Langzeitarbeitslosigkeit mit voller Kraft und nicht „mit angezogener Handbremse“ zu bekämpfen. Unser Gastkommentar von Frau Anette Kramme MdB zeigt auf, wie die arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Weichen eigentlich gestellt werden müssten. Auch der Personalvorstand der Deutschen Telekom, Thomas Sattelberger, hat in einem taz-Interview am 7. Dezember die Politik und die Wirtschaft aufgefordert, die Bildungsmöglichkeiten für arbeitslose Jugendliche, Berufstätige und ältere Arbeitnehmer zu verbessern („Die Bildungssituation im Land besorgt mich!“). Mit Blick auf die 650.000 Jugendlichen in Arbeitslosigkeit oder Übergangssystemen warnte er vor einer verlorenen Generation. „Was wir bisher machen, reicht nicht mehr für das 21. Jahrhundert. Wir brauchen eine zweite Bildungsoffensive wie in den 1970er Jahren - diesmal aber für das gesamte Bildungssystem.“

Dem wäre eigentlich nichts hinzuzufügen, nur soviel, dass der Deutsche Weiterbildungstag 2012, der am 21. September stattfinden wird und dessen Vorbereitung in diesen Tagen angelaufen ist, sich mit diesem Zukunftsthema offensiv auseinandersetzen wird.

Ich wünsche Ihnen noch eine schöne Adventszeit, besinnliche und erholsame Weihnachtsfeiertage sowie einen guten Start ins Jahr 2012 (das Jahr des zehnjährigen Bestehens unseres Verbandes).

Ihr

Siegfried Schmauder

Fortsetzung von S. 1

Unterbrochene Erwerbsverläufe nehmen zu. Immer häufiger müssen Schwierigkeiten beim Übergang zwischen verschiedenen Lebensphasen und Erwerbsformen (Ausbildung, Familie, Arbeitslosigkeit, Selbständigkeit) bewältigt werden. Ziel einer zukunftsweisenden Arbeitsmarktpolitik muss es deshalb sein, den Erhalt und die Erweiterung der individuellen Beschäftigungsfähigkeit besser zu fördern. Qualifizierung darf nicht nur am Anfang des Berufslebens stehen, sie muss lebenslang erfolgen. Notwendig ist eine Kultur der zweiten Chance, die den beruflichen Ein- und Aufstieg auch für die ermöglicht, die es im ersten Anlauf nicht geschafft haben.

Damit kommt auf die Arbeitsmarktpolitik mittel- und langfristig eine neue Aufgabe zu. Sie wird stärker vorsorgend aktiv werden und Bildung im Berufsverlauf mit organisieren. Wir brauchen eine andere Reform der Arbeitsmarktinstrumente als von CDU/CSU und FDP ins Werk gesetzt. Und wir brauchen vor allem eine angemessene finanzielle Ausstattung. Die Mittel für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit in der Grundsicherung für Arbeitsuchende müssen gegenüber den schwarz-gelben Vorgaben um insgesamt 1,5 Mrd. erhöht werden. Konkret wollen wir:

a) die Erhöhung der Finanzmittel für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit um 1,1 Mrd. Euro. Damit sollen die Kürzungen im Kontext der Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente (Sparpaket) korrigiert werden.

b) Zudem ist eine Aufstockung des Eingliederungstitels um weitere 200 Mio. Euro zur Finanzierung des Bundesprogramms „Allen Jugendlichen eine 2. Chance auf Ausbildung geben“ erforderlich. Dieses Programm soll von den Agenturen für Arbeit und den JobCentern verwaltet werden. Ziel ist es, vor Ort neue und innovative Ansätze zu erproben, um

mehr Jugendlichen als bisher den Abschluss einer Berufsausbildung zu ermöglichen. Perspektivisch soll jeder Jugendliche die Möglichkeit zur Ausbildung haben. Vor allem für junge Mütter müssen hier auch mehr Wege für Teilzeitausbildungen gefunden werden.

c) Eine weitere Erhöhung des Eingliederungstitels um 200 Mio. Euro dient der Finanzierung des Bundesprogramms „Menschen über 30 Jahren eine Chance auf beruflichen Aufstieg durch Bildung geben“. Auch dieses wird von den Agenturen für Arbeit und den JobCentern durchgeführt. Damit sollen vor Ort Ansätze erprobt werden, mit denen Menschen über 30 Jahren ihre berufliche Qualifikation auffrischen und verbessern können. Konkret bedeutet dies u. a.:

- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die keine berufliche Qualifikation haben oder die in einem anderen als dem erlernten Beruf tätig sind, sollen die Chance zum Erwerb des Berufsabschlusses für die Tätigkeit, die sie in einem Unternehmen verrichten, bekommen.
- Wenn sich das Berufsbild über die Jahre verändert hat oder Berufsbilder voneinander abweichen und daher die (Teil-)Anerkennung eines ausländischen Abschlusses nicht möglich ist, soll die Chance eröffnet werden, eine Anpassungs- bzw. Nachqualifizierung auf das heutige Niveau der beruflichen Ausbildung zu erhalten.

Auch für die Arbeitslosenversicherung gilt, dass die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik zu knapp kalkuliert sind. Hinzu kommt, dass die Annahmen über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu optimistisch erscheinen. Die Gefahr ist groß, dass der Haushalt der Bundesagentur für Arbeit bald Makulatur sein könnte und für Bildung und Weiterbildung dann erst recht zu wenig Gelder zur Verfügung stehen.

Willkommen im Bildungsverband!

Als neues Mitglied im Bildungsverband begrüßen wir das Berufsbildungszentrum der Kreishandwerkerschaft Märkischer Kreis e.V. (BBZ) in Iserlohn, vertreten durch den Geschäftsführer, Herrn Dirk H. Jedan. Es wurde 1979 gegründet. Kontakt: Berufsbildungszentrum der Kreishandwerkerschaft Märkischer Kreis e.V., Handwerkerstr. 2, 58638 Iserlohn, Tel.: 02371 958-0, E-Mail: bbz @ kh-mk.de, Internet: <http://www.bbz-mk.de>

BA-Haushalt 2012 verabschiedet Eingliederungstitel gekürzt, aber vormalige Sonderfonds gestärkt

Am 11.11.2011 hat der Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit (BA) den BA-Haushalt für 2012 beschlossen. Danach stehen im nächsten Jahr im SGB III knapp 2,8 Mrd. € im Eingliederungstitel (EGT) zur Verfügung, gut 600 Mio. weniger als in diesem Jahr. In diesem Betrag sind unter anderem 280 Mio. € für die Weiterbildungsförderung von Beschäftigten, 400 Mio. € für die Initiative zur Flankierung des Strukturwandels und 250 Mio. € als arbeitsmarktpolitische Interventionsreserve eingestellt, mit einigen kleineren Posten insgesamt über 1,1 Mrd. Diese Mittel können zusätzlich zu den dezentral bereitgestellten Mitteln im Prinzip für Bildung eingesetzt werden.



Die Kürzungen bei diesem dezentral geplanten EGT Budget gehen deshalb auch erheblich über diejenigen im EGT insgesamt hinaus. Hier standen in 2011 mit 2.392 Mio. € noch 800 Mio. € (damit über die Hälfte) mehr als im kommenden Jahr zur Verfügung. Aber: Das 2012 für dezentral zu planende Maßnahmen bereitstehende Budget entspricht ziemlich genau der

Summe, die in diesem Jahr voraussichtlich bis Ende Dezember ausgegeben werden wird. Damit bestätigt sich eine schon seit längerem zu beobachtende Tendenz, nach der die Ist-Ausgaben des jeweiligen Vorjahres die Soll-Ansätze des kommenden Jahres bestimmen. Deshalb gibt der auch in diesem Jahr festzustellende zögerliche Mittelabfluss doppelt Anlass zur kritischen Beurteilung: Einmal dokumentiert er, dass politisch für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

bereitgestellte Mittel nicht zweckentsprechend verausgabt werden. Zum anderen dient diese zurückhaltende Mittelverwendung als Rechtfertigung für immer neue Mittelkürzungen. So fand im ersten Halbjahr 2011 so-

wohl in der Bundesagentur wie in den Job-Centern eine totale Übersteuerung insbesondere bei der Vergabe von Bildungsleistungen statt. Dieser Fehler wurde zwar in der 2. Jahreshälfte teilweise korrigiert, konnte aber nicht mehr verhindern, dass Mitte November 2011 noch mehr als 25 Prozent der dezentral zur Verfü-

gung gestellten Mittel nicht abgerufen wurden; ein Drittel der für präventive Sondermaßnahmen für Jugendliche bereitstehenden Gelder lagen noch in den Schubladen; über 30 Prozent der für IFlas und 20 Prozent der für WeGebAU bereitgestellten Mittel waren nicht ausgeschöpft. Diese Zahlen vertragen sich nicht mit der immer noch viel zu hohen Zahl an Langzeitarbeitslosen und dem Fachkräftemangel in vielen Branchen und es passt auch nicht zu dem immer häufiger beklagten Fachkräftebedarf. Und das sind auch nicht die richtigen Antworten auf die zig-tausenden jungen Menschen, die Jahr für Jahr die Schule ohne Abschluss verlassen.

Wir werden hier nachfragen müssen, lauter als bisher. Und wir werden die dafür Verantwortlichen mit den konkreten Ergebnissen dieser Politik konfrontieren. Der BBB-Vorstand wird jedenfalls alles in seiner Macht stehende unternehmen, damit sich diese Entwicklung im nächsten Jahr nicht wiederholt: Der Langzeitarbeitslosigkeit kann der Nachwuchs entzogen werden. Das war mal die zentrale Zielsetzung der „Hartz-Reformen“!

Die Mittel dafür stehen bereit. Sie müssen nur eingesetzt werden!

Das „Instrumentenreformgesetz“ regelt Akkreditierung neu

Das Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt (das sog. Instrumentenreformgesetz), hat mittlerweile sowohl Bundestag als auch Bundesrat passiert. Damit es in Kraft treten kann, steht nur noch die Unterschrift des Bundespräsidenten aus.

Damit endet auch am 31.3.2012 die Gültigkeit der AZWV, wie auch die Befugnis der Anerkennungsstelle bei der BA zur Erteilung von Anerkennungen der fachkundigen Stellen nach der AZWV. Auch der Anerkennungsbeirat bei der Anerkennungsstelle wird zu diesem Zeitpunkt aufgelöst. Ab 01.04.2012 wird dann die deutsche Akkreditierungsstelle (DAkKS) die Ak-

kreditierung der fachkundigen Stellen vornehmen. Nachfolgerin der bisherigen AZWV wird eine neue Verordnung sein, die voraussichtlich „Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung – Arbeitsförderung“ (AZAV) heißen soll. Die AZAV soll ebenfalls zum 01.04.2012 in Kraft treten. Neue Zertifizierungsregeln für die Zulassung außerhalb der Förderung beruflicher Weiterbildung existieren bislang nicht, z. B. Trägerzulassung von Arbeitsmarktdienstleistern wie privaten Arbeitsvermittlern, Existenzgründungsberatern, Beschäftigungsträgern, Transfergesellschaften u.ä. sowie für Maßnahmen der Arbeitsförderung nach § 45 SGB III E (Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung). Es bleibt abzuwarten, inwiefern die neue AZAV hierzu Regelungen enthält.

Was bedeutet dies für die weitere Arbeit?

1. Es können noch keine Zulassungen für private Arbeitsvermittler vorgenommen werden.

2. Es können noch keine Zulassungen von Maßnahmen gem. § 45 SGB III E vorgenommen werden. Darüber wurden die Regionaldirektionen und die Job-Center von der Zentrale der BA bereits informiert.

3. Die Bundesagentur für Arbeit, Vertreter des BMAS und der DAkKS werden die fachkundigen Stellen Mitte Februar 2012 über die neuesten, dann verfügbaren Regeln informieren.

Der BBB wird seine Mitglieder selbstverständlich über die weiteren Entwicklungen auf dem Laufenden halten.



ESF soll zukünftig stärker in Bildung und Lebenslanges Lernen investieren.

Am 6. Oktober 2011 präsentierte die Europäische Kommission ihre Legislativvorschläge für die EU-Strukturpolitik ab 2014. Die Milliarden, mit denen die EU strukturschwache Regionen unterstützt, sollen ab 2014 gezielter eingesetzt und besser kontrolliert werden. Ziel ist der konsequente Einsatz aller Mittel für die Realisierung der **Strategie EU 2020**. Zu den Neuerungen gehört außerdem, dass es zukünftig einen gemeinsamen strategischen Rahmen geben soll, der einheitliche Bestimmungen für die Verwendung aller Instrumente festschreibt.



EUROPÄISCHE UNION Europäischer Sozialfonds

Der Europäische Sozialfonds ESF soll einen erheblichen Beitrag zur Bewältigung der beiden EU-2020-Ziele Verringerung der Armut und zur Erhöhung des allgemeinen Bildungsstandes (Senkung der Schulabbrecherquote, Erhöhung des Anteils der 30- bis 34-Jährigen mit tertiärem oder vergleichbarem Abschluss) leisten. Dieser Anspruch spiegelt sich in den thematischen Zielen wieder, an denen der ESF nach Vorstellung der Kommission ab 2014 ausgerichtet werden soll: Förderung von Beschäftigung und Beschäftigungsmobilität, Investieren in Bildung, Qualifizierung und lebenslanges Lernen, Förderung der sozialen Inklusion und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Die Kommission schlägt u.a. vor, dass der ESF zukünftig zur Bekämpfung des frühen Schulabbruchs, zur Förderung des gleichen Zugangs zu frühkindlicher Bildung und zur Schulbildung, zur Förderung von Qualität, Effizienz und Attraktivität der Hochschulbildung und zur Ausweitung des Zugangs zu lebenslangem Lernen und beruflicher Weiterbildung eingesetzt werden soll.

Über die Höhe der für diese Maßnahmen zur Verfügung stehenden Mittel wird voraussichtlich erst Ende 2012 entschieden, wenn auch der mehrjährige Finanzrahmen 2014-2020 verabschiedet werden soll.

Mitteilungen der BBB-Geschäftsstelle

Der BBB ist immer bemüht, seine Servicequalität und damit den Nutzen aus einer BBB-Mitgliedschaft kontinuierlich zu erhöhen. Deshalb ist Verschiedenes angedacht, zum Teil schon auf den Weg gebracht. Dazu zählen u.a. auch Infoveranstaltungen für unsere Mitglieder. Eine erste davon wird gerade für den 14. Februar 2012 in Berlin vorbereitet. Dabei werden die Herausforderungen für die Träger aus der am 1. April in Kraft tretenden „Instrumentenreform“ dargestellt und diskutiert werden. Dafür werden uns fachkundige Referentinnen und Referenten sowohl aus dem Bundesarbeitsministerium als auch aus der BA zur Verfügung stehen. Für BBB-Mitglieder wird diese Veranstaltung kostenlos sein, von Nicht-Mitgliedern wird dafür ein Beitrag von 80 Euro erwartet. Die Einladungen bzw. „Save-the Date-Schreiben“ werden in diesen Tagen verschickt.

Weiter in Planung ist eine Veranstaltungsreihe, die gemeinsam mit dem IAB, dem bei der BA angesiedelten Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, vorbereitet wird. Diese Überlegungen stehen derzeit noch in den Anfängen, aber es sieht sehr gut aus, dass sie sich realisieren lassen. Derzeit wird nach einem geeigneten Ort in der Republik gesucht, die Veranstaltung soll jedenfalls nicht in Berlin stattfinden.

Und noch auf ein Vorhaben kann hier hingewiesen werden: Die Überarbeitung unseres Internet-Auftritts wird im ersten Quartal des neuen Jahres realisiert! Dies ist auf der Agenda fest vermerkt. Unsere Web-Site soll - und sie wird! - übersichtlicher und benutzerfreundlicher gestaltet werden.

Mit diesen Versprechen wünschen wir Ihnen für die bevorstehende Weihnachtszeit Ruhe und Entspannung und für das Neue Jahr alles erdenklich Gute.

Ihre Geschäftsstelle

Lutz Kaube und Horst Palik



Weiterbildung geht gemeinsam - Nachfrage zur Fachtagung der Initiative „weiter bilden“

Die Initiative „weiter bilden“, die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dem Europäischen Sozialfonds gefördert wird, wurde im April 2009 gestartet. Erfahrungen und Erfolge bei der Umsetzung der ESF-Richtlinie zur Förderung der beruflichen Weiterbildung von Beschäftigten wurden der Öffentlichkeit auf einer Fachtagung am 16. November 2011 in Berlin präsentiert. Vertreter des BMAS, der Europäischen Kommission, der BDA und des DGB machten den – auch in Europa zunehmend anerkannten – Stellenwert sozialpartnerschaftlichen Engagements bei der Förderung betrieblicher Qualifizierung deutlich. Neun im Rahmen der Initiative geförderte Projekte stellten ihre Aktivitäten vor und benannten wesentliche Erfolgsfaktoren. An der Veranstaltung nahmen über 270 Vertreter der Sozialpartner und Experten aus Politik, Wissenschaft und Unternehmen teil.

Weitere Infos sowie eine Dokumentation der Tagung gibt es unter: www.initiative-weiter-bilden.de

weiter bilden

Initiative für berufsbegleitende Bildung

Herausgeber:

Bundesverband der Träger
beruflicher Bildung
(Bildungsverband) e.V.

Französische Straße 8
10117 Berlin
Tel. 030 20454849

Verantwortlich:
Siegfried Schmauder, Vorsitzender

Redaktion:
Peter Rother und Andreas Nierhaus
Tel. 040 35094 212

peter.rother@daa-stiftung.de
www.bildungsverband.info

Ausgabe Dezember 2011